



Fraktion im Rat
der Stadt Wuppertal

*An die Vorsitzenden der u.g. Gremien
Frau Renate Warnecke
Herrn Klaus Jürgen Reese
Herrn Oberbürgermeister Andreas Mucke
Johannes-Rau-Platz 1
Rathaus
42275 Wuppertal*

Es informiert Sie Maren Bergmann
Anschrift Rathaus Barmen
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal
Telefon (0202) 563 6964
Fax (0202)
E-Mail bergmann@spdrat.de
Datum 28.05.2020
Drucks. Nr. VO/0524/20
öffentlich

Antrag

Zur Sitzung am	Gremium
02.06.2020	Jugendhilfeausschuss
10.06.2020	Ausschuss für Schule und Bildung
16.06.2020	Ausschuss für Finanzen, Beteiligungssteuerung und Betriebsausschuss WAW
17.06.2020	Hauptausschuss
22.06.2020	Rat der Stadt Wuppertal

Antrag der SPD-Fraktion: Vollständiger Verzicht auf die Erhebung der Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen (KiTas), Kindertagespflegestellen und den Offenen Ganztag für die Monate Juni und Juli 2020

Sehr geehrte Frau Warnecke,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
die SPD-Ratsfraktion beantragt, der Rat der Stadt möge beschließen:

- Die Stadt Wuppertal verzichtet auf die Erhebung von Elterngeldbeiträgen für Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflegestellen und die Angebote des gebundenen und offenen Ganztages für die Monate Juni und Juli 2020.
- Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzung des vorgenannten Beschlusses kurzfristig vorzunehmen.

Begründung:

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat nunmehr angekündigt, den Eltern in der Corona-Krise die Kita-Gebühren zur Hälfte zu erlassen. Diese Maßnahme halten wir für absolut unzureichend, da nach wie vor viele Eltern von Kurzarbeit betroffen sind und mit deutlichen Einnahmeverlusten zu rechnen haben.
Es ist gut und richtig, dass ab dem 8. Juni die Kitas wieder von der Notbetreuung in eine Art Regelbetrieb übergehen. Allerdings wird dieser Regelbetrieb weiterhin qualitativ und quantitativ mit deutlichen Einschränkungen verbunden sein, da die Corona-Pandemie nicht

vorbei ist. So wird der Regelbetrieb ab dem 8. Juni zunächst generell um 10 Wochenstunden reduziert starten, da ein Teil des Personals zur Risikogruppe gehört und somit für die Einrichtungen nicht zur Verfügung steht. In der Konsequenz bedeutet das für alle die Kinder, die bislang die Notbetreuung im vollen Wochenstundenumfang in Anspruch nehmen konnten, dass sie ab dem 8. Juni zehn Stunden weniger Betreuung in der Woche erhalten werden. Das trifft gerade die Alleinerziehenden wieder besonders hart. Des Weiteren werden die Einrichtungen ihre geplanten Schließungszeiten in den Sommerferien beibehalten, so dass kurze Zeit nach dem Start des eingeschränkten Regelbetriebs alle KiTa-Kinder wieder in die Ferien geschickt werden. Das ist im Hinblick auf das Personal sicherlich richtig und wird auch nicht von uns kritisiert – sollte aber bei der Gesamtbewertung dieser Diskussion nicht außer Acht gelassen werden. Das Angebot bei der Kinderbetreuung bleibt also weiterhin für die meisten Kinder stark eingeschränkt und so fordert auch der Städtetag das Land NRW auf, alle Kommunen finanziell in die Lage zu versetzen, auf eine Erhebung der Elterngeldbeiträge zu verzichten. Völlig unzureichend ist bislang auch die Regelung für den Offenen Ganzttag. Hier kann eine Betreuung ohnehin nur an den Tagen in Anspruch genommen werden, an denen die Schülerinnen und Schüler auch tatsächlich Präsenzunterricht in der Schule haben, bzw. wenn sie die Notbetreuung in Anspruch nehmen dürfen. An den anderen Tagen sind die Familien auf sich alleine gestellt. Weil wir die stark beanspruchten Familien in dieser Zeit nicht noch weiter belasten möchten, fordern wir die Erstattung der gesamten Elternbeiträge für die Monate Juni und Juli und appellieren an das Land NRW, den Kommunen den Gebührenaussfall für diesen Zeitraum vollumfänglich zu erstatten.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Dilek Engin
Sprecherin der SPD-Ratsfraktion
im Jugendhilfeausschuss

Servet Köksal
Sprecher der SPD-Ratsfraktion
im Ausschuss für Schule und Bildung